

Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion zum Haushalt 2024 des Ostalbkreises in der Sitzung des Kreistages am 28. November 2023

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Ostalbkreis legt in diesem Jahr für 2024 in mancherlei Hinsicht einen bemerkenswerten Haushalt vor.

Erstmals in der Geschichte des Kreises knackt das Haushaltsvolumen die Milliardengrenze und erreicht mit 1,05 Mrd. Euro einen historischen Höchststand. Das ist eine Steigerung von über 12 Prozent. Im Kernhaushalt selbst beträgt diese Steigerung sogar fast 17 %. Auch die Kreisumlage erreicht einen nie dagewesenen Höchststand von fast 226 Mio. Euro, was einer Steigerung von 13,5% oder 26 Mio. Euro entspricht.

Das sind tatsächlich beeindruckende Zahlen, die angesichts der zahlreichen großen Zukunftsaufgaben des Landkreises auch die Dimension dessen, was es anzupacken gilt, widerspiegeln.

Unser Landrat hat einige wesentliche Eckpunkte in seiner Haushaltsrede angesprochen und dazu eingeladen nicht schwarz zu malen, sondern weiterhin ein buntes Bild des Ostalbkreises zu gestalten. Die CDU ist gerne dabei!

Die CDU-Fraktion unterstützt den Landrat bei seinen angesprochenen Bemühungen zur Transformation unserer Wirtschaft. Ein wesentlicher Aspekt ist hierbei der Ausbau der Strukturen für Wissen und Innovation im Sinne einer Know-How basierten regionalen Entwicklung. In Baden-Württemberg gibt es ein objektiv signifikantes Ungleichgewicht bei Universitäten und Forschungseinrichtungen, das den Raum östlich von Stuttgart ganz klar benachteiligt. Wir fordern das Land auf, diesen eklatanten Verstoß gegen das Entwicklungsziel des Landes zur Schaffung gleichwertiger Lebensräume auszuräumen. Die CDU-Fraktion ermutigt Sie, sehr geehrter Herr Landrat, der Forderung nach universitären Strukturen im Ostalbkreis noch mehr Nachdruck zu verleihen und Ihre Bemühungen um den Ausbau unserer Hochschullandschaft deutlich zu intensivieren. Die Ostalb mit ihren bärenstarken Innovationsträgern und internationalen Top-Unternehmen der Hochtechnologie hat das verdient.

Erhebliche Chancen stecken für die Ostalb auch im Ausbau der erneuerbaren Energien. Dies wurde bei der Einbringung des Haushalts ebenfalls formuliert. Nicht nur um die Dekarbonisierung im Sinne des Klimaschutzes und die Reduzierung von Treibhausgasen voranzutreiben, sondern auch um nachhaltige Wertschöpfung für die Region zu erzielen und grünen Strom für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in ausreichender Menge bereitstellen zu können.

Hierfür müssen dringend unsere Netze ausgebaut werden. Hinsichtlich der aktuell nicht zur Verfügung stehenden Netzkapazitäten sollte mit dem regionalen Versorger dringend das Gespräch gesucht werden und eine Übereinkunft zu einem verbindlichen Netzausbauplan Ostalb getroffen werden.

Durch die zusätzliche 110 kV Leitung ins benachbarte Ries entstehen offensichtlich kurzfristig erhebliche neue Kapazitäten. Dort werden aktuell etwa 100 bis 150 Hektar Freiflächenphotovoltaikanlagen projektiert. Der Ostalbkreis muss darauf achten, dass auch wir bei der Nutzung dieser Kapazitäten entsprechend berücksichtigt werden.

Ebenso müssen die Bemühungen um eine zukunftstaugliche Wasserstoffinfrastruktur aufrechterhalten und noch gesteigert werden.

Der Ausbau der Erneuerbaren kann und darf im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und des Umstandes, dass viele Menschen zunehmend Sorge haben, ihre Stromrechnung künftig wohlmöglich nicht mehr bezahlen zu können, nicht nach dem bisher bekannten Muster geschehen: Wenige kassieren. Viele bezahlen. Das ist genau die vielbeschriebene Umverteilung von unten nach oben.

Der Ansatz, eine Gesellschaft zu schaffen, um die Breite der Gesellschaft am Umbau unserer Energieversorgung teilhaben zu lassen, wird von der CDU-Fraktion nachdrücklich unterstützt. Ob wir als Landkreis im Bereich der Erneuerbaren allerdings selbst operativ tätig werden sollten, wollen wir durchaus hinterfragen oder sogar infrage stellen. Wir denken, dass einige unserer ureigenen Aufgaben unsere gesamte Aufmerksamkeit benötigen könnten.

Die Interessen der Landwirtschaft, deren Flächen für die Erneuerbaren vielfach benötigt werden, sind hierbei im Fokus zu behalten. Ernährung stellt die Grundlage unseres Daseins und unserer Gesellschaft dar. Hier gibt es allerdings zahlreiche Flächenkonflikte zwischen der lebensmittelerzeugenden Landwirtschaft und der neuen Energiewirtschaft auf landwirtschaftlichen Flächen. Der Ansatz unseres Landrates, zunächst andere Flächen, wie etwa Parkplätze und Dächer, für die solare Nutzung zu erschließen, wird von der CDU-Fraktion unterstützt.

Auch Flächenkonflikte, die aus der Entwicklung der Kommunen resultieren, sind zu beachten. Angesichts der drängenden Fragen der Wohnraumschaffung und der Bereitstellung großer Flächen für die Transformation der Wirtschaft in Baden-Württemberg und der Region sowie dem Drängen der neuen Energiewirtschaft in die Fläche müssen wir in der Region einen vernünftigen Ausgleich der Interessen finden. Die Netto-Null für den Flächenverbrauch halte ich persönlich für nicht einlösbar, weil wir nur mit ein bisschen Innenentwicklung und völlig unzureichenden Instrumenten dafür, keine Chance haben werden dieses in der Sache sehr zu begrüßende Ziel tatsächlich einzulösen.

Der Ostalbkreis ist ein Landkreis mit wachsender Bevölkerung. Wir haben noch eine sehr aktive und lebendige Gesellschaft, die vor allem von tausenden Ehrenamtlichen getragen wird und die gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht. Darauf sind wir mit Recht sehr stolz. Wir müssen uns allerdings, wie von Herrn Landrat formuliert, vor allem in der Zukunft verstärkt mit der Demographie beschäftigen, weil die Alterung unserer Gesellschaft vehement und doch derzeit noch so leise voran schreitet. Bereits heute gibt es aber in der Pflege unüberhörbare Probleme. Hier gilt es rechtzeitig innovative und vor allem auch unbürokratische Ansätze zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Aspekt der Migration ansprechen. Die unregelmäßige und massenhaft erfolgende Migration von Menschen nach Deutschland hat ein Ausmaß erreicht, das den Zusammenhalt der Gesellschaft tatsächlich gefährdet. Dies ist vor allem immer mehr am Wahlverhalten der Bevölkerung, unseres höchsten Souveräns, abzulesen. Ein mehr in der Aufnahme von Flüchtlingen geht gar nicht. Ein weiter so geht auch nicht. Wir schaffen die Unterbringung nicht mehr. Wir schaffen die Finanzierung der Sozialleistungen nicht mehr. Und wir schaffen die Integration noch weniger als bisher.

Der Kreis stand und steht vor einer großen Herausforderung bei der Unterbringung von Geflüchteten. Dies gilt ebenso für die Versorgung. Ob uns Migration nun gefällt wie sie derzeit läuft oder nicht, die Menschen, die zu uns kommen zunächst menschenwürdig aufzunehmen, ist unsere rechtsstaatliche Pflicht. Dies sollte uns bei allen populistischen Aktionen Einzelner dennoch sehr bewusst sein.

Deshalb danke ich ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung, die in beispielhafter Pflichterfüllung tagtäglich ihrer Aufgabe nachkommen und – das sage ich bewusst – für unseren Staat durchhalten. Die Belastungen in den Ausländerbehörden, dem Jobcenter und in den sonstigen unmittelbar betroffenen Dienststellen sind erheblich!

Der Ostalbkreis hatte letztlich Glück, dass das Land in Ellwangen eine LEA eingerichtet hat, die uns über das LEA-Privileg bisher eine überschaubare Zuweisung von Geflüchteten gebracht hat. Die Lasten hatte vor allem in der ganz heißen Phase 2015 / 2016 die Stadt Ellwangen zu tragen. Dafür sollte der gesamte Ostalbkreis dankbar sein.

Mit Wegfall des LEA-Privilegs ab 2026 wird die für Baden-Württemberg übliche Zahl an Flüchtlingen auf die Städte und Gemeinden verteilt.

Damit werden alle Kommunen – jetzt auch im Ostalbkreis – in der Wirklichkeit der zu tragenden Migrationslasten ankommen. Zunächst allerdings wird es den Kreis mit der vorläufigen Unterbringung treffen.

Wer mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus Baden-Württemberg spricht, die keine LEA in ihrem Landkreis haben, der weiß, dass dort längst das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Ich fürchte der Bau von Container-Dörfern könnte eine der wesentlichen Aufgaben auch für die Kommunen im Ostalbkreis werden. Die Bevölkerung akzeptiert diese Politik nicht mehr und das spüren wir zunehmend.

Wir müssen den Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland nachhaltig, das heißt auch dauerhaft, begrenzen.

Wir regen an, einen Beitrag zur Beseitigung der Fluchtursachen zu schaffen und das Budget für Projekte der Entwicklungshilfe auf wenige Projekte in Afrika zu konzentrieren.

Nach wie vor ist die Quote der Flüchtlinge aus der Ukraine, die eine Arbeit aufgenommen haben, im Vergleich mit anderen Ländern in Europa, enttäuschend gering. Und das trotz erheblichem Mangel an Arbeitskräften. Die CDU-Fraktion fordert den Landkreis auf, über das Jobcenter Maßnahmen zu ergreifen, um mehr Geflüchtete aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt zu integrieren und über die ergriffenen Maßnahmen und deren Erfolge zu berichten.

Das Bevölkerungswachstum im Ostalbkreis entsteht aber nicht nur durch den Zuzug von Geflüchteten. Es entsteht auch durch den Zuzug qualifizierter Menschen in viele unserer Innovations- und Jobmotoren. Auch dafür benötigen wir dringend mehr Wohnraum. Investitionen dieser Unternehmen in Wohnraum würden eine reiche Rendite für diese bringen. Nicht in der Bilanz. Aber ganz sicher in der Gewinnung und Bindung ihrer Arbeitskräfte. Vielleicht lässt sich hier ein Impuls durch den Landkreis geben.

Die größte Zukunftsaufgabe des Kreises ist es, die Gesundheitsversorgung für unsere Bevölkerung auf neue Beine zu stellen. Ich möchte nochmals ausdrücklich betonen: Die Neuordnung unserer Kliniklandschaft machen wir nicht aus Jux und Tollerei oder weil es dem Landrat oder einigen Kreisräten etwa zu wohl geworden wäre.

Die Politik von Bund und Land zwingt uns dazu. Besserwisserische Einwürfe von dieser Seite sind daher völlig unangebracht. Wir tun uns schwer genug und wir wissen, dass wir am Ende nicht alle Wünsche und Erwartungen erfüllen können.

Dennoch sind sich die meisten Kreisrätinnen und Kreisräte ihrer großen Verantwortung sehr bewusst. Ich bin stolz darauf, dass man dies über alle Fraktionen hinweg sehr deutlich spürt. Am Ende werden wir am Ergebnis gemessen. Wir wollen gemeinsam ein gutes Ergebnis für die Menschen im Ostalbkreis erzielen. Das allein ist unsere Aufgabe.

Ich danke Ihnen Herr Landrat, dass Sie dieses sehr unangenehme und schwierige Thema angepackt haben! Lange wurde gewartet, gezaudert, gezögert oder einfach nichts getan. Lange, zu lange wie wir heute wissen, hat man Rücksicht auf regionale Empfindlichkeiten und persönliche Befindlichkeiten genommen. Das ist unsere ureigene regionale Verantwortung. Noch längeres Zuwarten und Nichtstun hätte uns wohl unweigerlich in die Handlungsunfähigkeit geführt. Und all jene, die sich hier und da allzu gerne in der Zeitung lesen, sei gesagt was am Ende gilt: Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt!

Neben den Kliniken ist die flächendeckende Versorgung eine maßgebliche Aufgabe. Die Bildung von Genossenschaften und von MVZ's ist ein wichtiges Instrument.

Besonderes Augenmerk sollte allerdings auf die Wirtschaftlichkeit der aufgekauften Praxen gelegt werden.

Eine funktionierende und moderne Infrastruktur ist nach wie vor von größter Bedeutung für den Ostalbkreis. Noch immer haben wir auf diesem Feld Nachholbedarf.

Beim Ausbau der Schieneninfrastruktur wird sehr klar, dass wir aufgrund der immens langen Planungszeiträume weiterhin selbst das Heft des Handelns mit eigenen Planungen in die Hand nehmen müssen. Sonst erreichen wir nichts. Angebot und Infrastruktur gehen oft Hand in Hand. Wer ein besseres Angebot auf der Schiene möchte und wer mehr Menschen auf die Schiene bringen möchte, der muss auch bauen. Die CDU-Fraktion ermutigt unseren Landrat auch weiterhin eine aktive Rolle im Schienenverkehr für den Ostalbkreis zu übernehmen.

Auf absehbare Zeit jedoch bleibt die Straße der wichtigste Verkehrsträger. Beim Güterverkehr hat dies eine Studie im Auftrag des Regionalverbandes sehr deutlich gezeigt.

Wer weiterhin will, dass sich der Wirtschaftsraum Ostwürttemberg auch weiterhin positiv entwickelt, Steuereinnahmen generiert und Arbeitsplätze schafft, der sollte dieser Wahrheit ins Auge sehen.

Der Ausbau der B 29 ist dabei von immenser Bedeutung. Neben der Autobahn stellt die B 29 zweifelsfrei das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur für den gesamten Ostalbkreis dar.

Im Zuge der Zentralisierung so wichtiger Infrastrukturelemente, wie unserem künftigen Klinikum, tragen wir eine ganz besondere Verantwortung dafür, dass alle Menschen dieses Klinikum in Ost und West dann auch in zumutbarer Zeit erreichen können.

Um dieses Versprechen einzulösen muss der 4-spurige Ausbau Schwäbisch Gmünd – Aalen mit dem Bau des Böbinger Tunnels weiterhin forciert werden. Zudem muss die Anbindung des Ostens des Landkreises durch den Ausbau der B 29 ebenfalls gewährleistet werden. Hierzu zählen die Kreuzungspunkte Westhausen Autobahn, B 290/B29, Kellerhaus, Albanus Hüttlingen und Affalteried. Hier sollte im Sinne der Zukunftsfähigkeit von Lösungen, wo möglich, nochmals der kreuzungsfreie Ausbau geprüft werden. Im Zusammenhang mit der Klinikdiskussion ist die Frage der Durchgängigkeit dieser Bereiche für die Menschen im Osten des Landkreises von sehr großer Bedeutung. Hinzu kommen die Ausbaumaßnahmen Röttinger Höhe und die Lösung der Frage der Umfahrungen von Aufhausen, Bopfingen, Trochtelfingen und Pflaumloch.

Zur Infrastruktur der Zukunft gehört auch der Ausbau unseres Breitbandnetzes. Hier hat der Kreis beim Bau des Backbonenetzes Großes geleistet und unterstützt seine Städte und Gemeinden bei deren Netzausbau vorbildlich. Ich bin mir sicher, dass wir am Ende gemeinsam eines der modernsten und leistungsfähigsten Glasfasernetze in Deutschland geschaffen haben werden. Für diese Bemühungen, die meist stillschweigend als Selbstverständlichkeit hingenommen werden, wollen wir heute sehr laut DANKE sagen!

Der Haushalt des Jahres 2024 ist aber auch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Erstmals kann der Landkreis keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Mit 10 Mio. Euro ist der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen. Und erstmals seit vielen Jahren zeigt der Pfad der Verschuldung nach über 20 Jahren Konsolidierung wieder deutlich nach oben. Das heißt in Kurzform, das Geld reicht nicht.

Das ist deshalb durchaus dramatisch, weil die Städte und Gemeinden des Ostalbkreises erneut eine Steigerung der Kreisumlage um 2,35 Punkten akzeptieren sollen, obwohl sie überwiegend keine ausgeglichenen Haushalte vorlegen können und die kommunalen Kassen leer sind. Dass der Kreis mit einem negativen Ergebnis von 10 Mio. Euro rechnet, ist insofern durchaus als Zugeständnis an die

kommunale Familie zu bewerten, aber auch ein klares Signal der Unterfinanzierung an das Land.

Trotz negativem Landkreisergebnis kommen die Städte und Gemeinden aber sehr deutlich an ihre Grenzen. Diese Situation hat in anderen Bundesländern bereits dazu geführt, dass erste Klagen gegen die Landkreise geführt werden. Grundlage dafür ist Art. 28 Abs. 2 GG. Dort wird das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen geschützt. Dazu gehört auch die angemessene finanzielle Ausstattung zur Bewältigung nicht nur der Pflichtaufgaben, sondern explizit auch der angemessene Spielraum zur Wahrnehmung von freiwilligen Aufgaben. Ist dies nicht gewährleistet, spricht man von der sog. Erdrosselungsfunktion.

Die CDU-Fraktion stellt daher den Antrag, die geplante Kreisumlagerenerhöhung um 0,5 Punkte auf 1,85 Punkte zu senken.

Es wird zunehmend klar, dass die finanzielle Ausstattung von Landkreis und Kommunen durch das Land und den Bund absolut nicht ausreichend ist. Andererseits packt man immer neue Aufgaben und Kosten in die kommunalen Haushalte, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Angesichts der großen Aufgaben, die vor Deutschland liegen und der aktuellen Haushaltskrise ist allerdings zu bezweifeln, dass Besserung eintreten wird.

Deutschland ist ja bekanntlich das Land der Dichter und Denker – und der Träumer. Wenn es irgendwo ein Problem gibt, dann wird noch heute der Ruf laut nach zwei Dingen: Mehr Geld oder mehr Personal. Oder beides. Das hat meist ganz gut funktioniert. Wir alle spüren aber überall, dass es mehr Personal kaum geben wird. Das Gegenteil ist der Fall. Und wir ahnen angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, dass künftig wohl auch kaum mehr Geld zur Verfügung stehen wird.

Erfolgreiche Politik beginnt bekanntlich bei der Betrachtung der Wirklichkeit. Es ist höchste Zeit damit zu beginnen. Man braucht dazu auch nicht immer gleich ein Urteil des Verfassungsgerichtes.

Politik hat in der Vergangenheit immer suggeriert, der Staat kann alles. Wer die Gesellschaft zusammenhalten will, der muss jetzt auch die Grenzen des Staates aufzeigen. Dann handelt er verantwortlich.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat eine bemerkenswerte Initiative „Kein weiter so!“ gestartet, der sich immer mehr Verbände anschließen. Kein weiter so bedeutet, dass geprüft werden muss wo wir uns zu viel leisten und Standards und staatliche Leistungen ggf. angepasst werden müssen. Die Leistungsversprechen des Staates können sich nicht weiter an jeder individuellen Situation ausrichten. Künftig muss wieder gelten: Weniger Ich und mehr Wir!

Kein weiter so heißt auch, wie können wir die überbordende und alle Dynamik strangulierende Bürokratie wieder in den Griff bekommen?

Hierzu wurde im Staatsministerium eine beim Ministerpräsidenten angesiedelte Arbeitsgruppe etabliert.

Letztlich ist dies nichts anderes als die Aufgabenkritik staatlicher Leistungen und Leistungsversprechen.

Diese Aufgaben- und Ausgabenkritik sollten auch wir im Ostalbkreis vornehmen, um den Haushalt zu entlasten. Hierzu beantragen wir, pauschale Einsparungen in Höhe von mindestens 1 Prozent im Haushalt in Anlehnung zur Globalen Minderausgabe gemäß § 24 GemHVO vorzunehmen. Die Vorschläge der Einsparungen kommen von der Verwaltung. Die CDU-Fraktion hat aus haushalterischer Sicht folgende maßgeblichen Handlungsfelder identifiziert:

1. Personal
2. Klinikdefizite
3. Sozialausgaben
4. ÖPNV / Schülerbeförderung

Unser Personal erfüllt gegenüber unseren Bürgern die Leistungen, die uns übertragen werden und die wir als Kreis anbieten wollen. Ihnen müssen wir moderne, zeitgemäße Arbeitsplätze und eine faire Bezahlung anbieten. Allen unseren Mitarbeitern danken wir ausdrücklich für ihre Arbeit für unseren Ostalbkreis!

Die Kostensteigerungen im Personalbereich sind teilweise der allgemeinen Lohnentwicklung geschuldet. Allerdings machen wir uns auch Sorgen um die seit Jahren festzustellenden Stellenmehrungen, die sich ebenfalls im Haushalt niederschlagen. Auch hier muss mit einer Aufgabenkritik und der forcierten Digitalisierung von Arbeitsprozessen entgegengewirkt werden. Wir werden in Zukunft kaum mehr geeignetes Personal in ausreichender Zahl finden, noch werden wir es uns leisten können.

Allein in den Kommunen in Deutschland werden bis 2035 fast 540.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Dienst ausscheiden. Das sind 30% des gegenwärtigen Personals.

Kontaktstelle Frau und Beruf
Bildungsbüro
Hauswirtschaftliches Beratungszentrum
Museumsbeauftragte
Gleichstellungsbeauftragte
Behindertenbeauftragte

Pflegestützpunkt
Koordinierungsstelle Prävention
Beratungsstelle häusliche Gewalt
Suchtprävention
Kreismedienzentrum
Regionalmanagement Kultur
Integrationsbeauftragte
Diversity Management
Schuldnerberatung
Radverkehrskonzept
E-Ladekonzept
Innovationswettbewerb 5G
Euro Point
Tourismus
Resilienzzentrum

...

Allein der Katalog der freiwilligen und sonstigen Aufgaben des Ostalbkreises liest sich beeindruckend.

Wir stellen den Antrag, dass die Verwaltung einen Prozess der Aufgabenkritik im zuständigen Ausschuss startet.

Wir sehen angesichts der vorliegenden Haushaltszahlen im Personalbereich die Möglichkeit, die pauschale Kürzung im Haushalt 2024 von 1 Mio. Euro auf 2 Mio. Euro zu erhöhen.

Die Klinikdefizite haben in der Tat ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Schon seit 2017 sind wir beim erwirtschafteten Minus unter den TOP 3 Landkreisen in Baden Württemberg. Kummuliert sind wir traurige Nummer 1. Wenn es schlecht läuft werden es 2024 45 Mio. Euro sein. Wenn es gut läuft zunächst durch Einmaleffekte nur 35 Mio. Euro.

Angesichts dieser Zahlen stellt die CDU-Fraktion den Antrag, den Strukturbeitrag von 4 Mio. Euro ab sofort zu streichen und nur noch die reinen Klinikzahlen zu führen.

Außerdem wird deutlich, dass wir notwendige strukturelle Anpassungen möglichst schnell vornehmen müssen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises zu gewährleisten.

Die CDU-Fraktion fordert die Verwaltung auf, Sofortmaßnahmen zügig umzusetzen.

Gleiches gilt für den Klinikprozess. Jedes Jahr, das wir länger brauchen, kostet uns eine Menge Geld, das wir nicht haben und das wir viel lieber in einem neuen Klinikum sehen würden und nicht als Belastung im Kreishaushalt. 10 Jahre x 35 Mio. Euro = 350 Mio. Euro. Mit diesen Defiziten wären große Teile der erforderlichen Investition gedeckt. Wir brauchen deutlich mehr Tempo! Deshalb sollten wir in der ersten Sitzung des neuen Jahres auch über den Standort entscheiden.

Die CDU-Fraktion fordert die Verwaltung auf, einen Projektplan zu erarbeiten, der eine Realisierung des Bezugs des neuen Klinikums binnen 6 Jahren ermöglicht.

Der Sozialetat ist der größte Einzeletat im Kreishaushalt. Allein die Steigerungen bei den Jugendhilfeleistungen und bei den Sozialhilfeleistungen betragen zusammen 22 Mio. Euro. Diese Lasten werden der Kreis und seine Kommunen auf Dauer nicht tragen können. Wir wissen wohl, dass viele Kosten gesetzlich geregelt sind, wie etwa über das Bundesteilhabegesetz.

Wir stellen dennoch den Antrag, dass die Verwaltung Vorschläge unterbreitet, wie Spielräume zur Kostendämpfung und Reduzierung der Kostensteigerungen realisiert werden können.

Waren der ÖPNV und die Schülerbeförderung schon in der Vergangenheit teilweise finanzielles Sorgenkind und boten reichlich Stoff für Diskussionen, so entwickeln sie sich mittlerweile zu einem zentralen Problemfeld des Haushalts. Vor allem durch die Umstellung der Ticketsystematik auf das 49 Euro Ticket und auf das Jugendticket des Landes Baden-Württemberg und durch geplante Angebotsverbesserungen sind Mehrkosten beim Kreis von zusätzlich fast 6,4 Mio. Euro eingeplant.

Hier sagen wir ganz klar in Richtung Bund und Land: Wer bestellt und Geschenke verteilt, der soll sie auch bezahlen! Wir bitten den Landrat über den Landkreistag zusätzliche Mittel zu Verlustabdeckung einzufordern. Zudem sind Angebotsverdichtungen vorgesehen, die in einem ersten Schritt 2,6 Mio Euro kosten werden. Nachdem noch nicht klar ist, wie das Angebot für den Ländlichen Raum insgesamt aussehen wird und welche Kosten mit vergleichbarer Angebotsverdichtung in den übrigen Verkehrsräumen entstehen, stellen wir den Antrag, diese Position mit einem Sperrvermerk zu versehen und erst das Gesamtkonzept und alle Kosten im zuständigen Ausschuss nochmals zu diskutieren und dem Kreistag vorzulegen.

Erfreulich ist bei alledem, dass der Ostalbkreis dennoch weiterhin in die Infrastruktur für unsere Bevölkerung investieren kann und über 50 Mio. Euro dafür bereithält.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Jahres 2024 ist erneut ein solides, allerdings mit großen Unsicherheiten versehenes Werk als Grundlage für die Kreispolitik. Der Haushalt macht sehr deutlich, dass wir durchaus mit Veränderungen in der Kreispolitik konfrontiert werden. Man könnte auch sagen: „Die fetten Jahre sind vorbei!“ Unsere Aufgabe ist es, diese Veränderungen gemeinsam zu gestalten.

Ich freue mich auf einen konstruktiven, fruchtbaren Dialog mit der CDU-Fraktion und wäre sehr dankbar, wenn unsere Anträge und Anregungen Ihre Zustimmung finden würden.

Für seine solide Arbeit in schwieriger werdender Zeit danke ich unserem Kreiskämmerer Karl Kurz sehr! Noch größer wird der Dank natürlich, wenn Sie, lieber Herr Kurz, einige unserer Anregungen berücksichtigen können. Ebenso danke ich im Namen der CDU-Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für Ihr Engagement und Ihren Einsatz. Heute zuvorderst natürlich allen, die am vorgelegten Haushalt mitgearbeitet haben. Und zuletzt danke ich unserem Landrat Joachim Bläse. Danke für den Mut und auch die Entschlossenheit, das so wichtige Klinikthema endlich grundlegend anzugehen, obwohl man dafür nicht immer nur Blumen erhält! Aber diese Arbeit muss gemacht werden. Denn

»Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert. «